

„Ich bin dafür, dass wir Kampfpanzer liefern“

- Was ist die richtige Linie im Ukraine-Krieg?
- CDU-Politiker Thorsten Frei im SÜDKURIER-Interview

Herr Frei, Kanzler Olaf Scholz reist nicht in die Ukraine, dafür war Ihr CDU-Vorsitzender Friedrich Merz dort. Ist die Kritik, dass er damit Wahlkampf für die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein betreiben will, gerechtfertigt?

Mit solcher Kritik muss man leben. Das sind aber vor allem Entlastungsangriffe der politischen Mitbewerber. Wenn man rechtfertigen muss, dass der Bundeskanzler eine solche Reise nicht macht, dann ist das sicher nicht das Problem der CDU. Friedrich Merz hatte bereits Mitte Februar – kurz vor Kriegsbeginn – eine Reise in die Ukraine geplant, um Wolodymyr Selenskyj zu treffen. Der hatte wegen der Zuspitzung der Lage im Osten des Landes kurzfristig abgesagt, Merz aber eingeladen, die Reise nachzuholen.

Es geht also nicht darum, sich zu profilieren als Parteichef?

Nein. Es ging auch nicht darum, einen Gegensatz zu Scholz zu schaffen, sondern um Solidarität mit der Ukraine zu zeigen und sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen. Es gibt hier keinen Dissens, sondern es dokumentiert im Gegenteil den Schulterschluss der deutschen Politik in dieser Frage.

Aber Scholz ist in Berlin geblieben. Hätte er also auch nach Kiew reisen sollen? Hätte er mich um Rat gebeten, hätte ich ihm dazu geraten.

Trotz der Brückierung des Bundespräsidenten?

Er hätte womöglich schon davor reisen sollen.

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk hat Scholz wegen seiner Absage als „beleidigte Leberwurst“ bezeichnet. Halten Sie Melnyk für unverschämt?

Vielleicht muss man hier andere Maßstäbe anlegen, weil es um den Existenzkampf eines Landes geht – um Sein oder Nichtsein, im wahrsten Sinne des Wor-

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei beim SÜDKURIER-Redaktionsgespräch.

BILDER: WOHLFROM



Können Sie es sich als CDU denn leisten nicht zuzustimmen?

Ja, natürlich. Der Gesetzesentwurf ist derzeit so formuliert, dass das Sondervermögen für die Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden könnte. Die 100 Milliarden müssen aber für die Bundeswehr, nicht für etwas anderes ausgegeben werden. Für einen Finanzierungstrick, um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen, sind wir nicht zu haben.

Wie meinen Sie das?

Der Verteidigungsetat umfasst 50 Milliarden Euro, das sind etwa 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dauerhaft zwei Prozent zu investieren, entspräche gut 70 Milliarden Euro. Tatsächlich sollen nach der mittelfristigen Finanzplanung aber weiter nur 50 Milliarden eingeplant werden, das Delta will die Regierung mit dem Abfluss aus dem Sondervermögen finanzieren, um auf die zwei Prozent zu kommen. Spätestens in fünf Jahren ist das Vermögen dann weg, der Etat aber nicht erhöht.

Woher soll das Geld denn kommen?

Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Der Koalitionsvertrag soll einfach abgearbeitet werden, als gäbe es keinen Krieg. Die Wahrheit ist aber nur einmal, dass wir nicht hundert Milliarden zusätzlich ausgeben können, ohne an anderer Stelle etwas einzusparen. Das wäre eine Illusion. Schließlich hat Deutschland in den letzten drei Jahren insgesamt 560 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft. Das ist mehr als in 26 Jahren davor zusammen.

Wo sollten die Abstriche denn gemacht werden?

Diese Antwort geben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen. Aber in der aktuellen Situation zusätzliche Ausgaben zu tätigen, geht in jedem Fall nicht. Wir werden Vorschläge dazu bringen.

Beim Entlastungspaket haben Sie aber gefordert, die Rentner mit aufzunehmen. Das klingt nicht nach Abstrichen.

Das stimmt. Aber das zweite Energieentlastungspaket ist nicht schlüssig und vor allem wirkt es zu spät. Das Neun Euro-Ticket für 90 Tage im Nahverkehr löst kein Problem. Nicht die Nahver-